
Presseinformation Nr. 30

14. Januar 2013

KURTH:

Jahrestag der Erstürmung der Stasi-Zentrale für Aufklärungsarbeit nutzen

BERLIN. Anlässlich des morgigen Jahrestages der Erstürmung der früheren Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg erklärt der Berichterstatter der FDP-Bundestagsfraktion für die Aufarbeitung des DDR-Unrechts Patrick KURTH:

Der Jahrestag der Erstürmung der früheren Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg sollte als Anlass für eine stärkere Vermittlung der SED-Unrechts gegenüber der jungen Generation genommen werden. Dieser Aufarbeitungsverantwortung stellt sich die Stasi-Unterlagen-Behörde unter dem von der schwarz-gelben Koalition gewählten Bundesbeauftragten Roland Jahn in begrüßenswerter Weise. Zu einem erstmalig ausgerichteten Projekttag werden morgen 340 Schüler in der früheren Stasi-Zentrale erwartet, um sich unter dem Motto „Stasi - was geht mich das an?“ am authentischen Ort über die SED-Diktatur zu informieren und mit dem Bundesbeauftragten zu diskutieren. Möglich wird dies auch durch den Einsatz der schwarz-gelben Koalition: In die Renovierung des Hauses 1, des ehemaligen Dienstsitzes des DDR-Ministers für Staatssicherheit, investierte der Bund elf Millionen Euro.

Die junge Generation kennt Unfreiheit und Entrechtung in Deutschland zum Glück nur aus Geschichtsbüchern. Daher ist es wichtig, gerade junge Menschen anhand der Diktaturgeschichte Deutschlands weiter für den Wert von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit zu sensibilisieren. Dafür leistet die Stasi-Unterlagen-Behörde einen wichtigen Beitrag, der auch für die Zukunft sichergestellt werden muss. Die FDP-Bundestagsfraktion unterstützt daher die Überlegungen des Bundesbeauftragten, das Stasi-Areal in der Berliner Normannenstraße zu einem „Campus der Demokratie“ weiter zu entwickeln.

Die FDP-Fraktion setzt sich weiter mit Nachdruck dafür ein, dass wir bei der Aufarbeitung nicht nachlassen und den erfolgreichen Weg weiter beschreiten. Schlussstrich und Vergessen wird es mit uns nicht geben.

Verantwortlich:
Beatrix Brodkorb

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de